

# Proteste für Geburtstationen und gegen den Putz-Erlass



Zahlreiche Demonstranten wandten sich gegen die Schließung von Einrichtungen der Kinder- und Frauenheilkunde.

**Der Landtag in Schwerin kommt zu seiner letzten Plenarwoche vor der Neuwahl im September zusammen. Das nutzten einige Bürger, um ihren Ärger über die Politik Luft zu machen.**

Proteste für Geburtstationen und gegen den Putz-Erlass  
Vor dem Landtag in Schwerin  
00:00/04:46

von **Udo Roll und Frank Pfaff/dpa**  
09. Juni 2021, 09:58 Uhr

SCHWERIN | Die letzte Sitzungswoche des Landtages vor den Wahlen im September ist von mehreren Protestaktionen begleitet worden: Vor dem Schweriner Schloss demonstrierten Handwerker und Gebäudereiniger gegen den Verlust staatlicher Aufträge. Zu Protesten

hatte auch ein Aktionsbündnis für eine wohnortnahe Geburtshilfe aufgerufen.

Die Mitglieder von vier Initiativen fordern den Erhalt der Geburts- und Kinderkliniken in Mecklenburg-Vorpommern. Das Bündnis befürchtet in den nächsten zwei Jahren weitere Schließungen von Kinderstationen, Geburtshilfen und Gynäkologien in Mecklenburg-Vorpommern.

- ANZEIGE -

Der Wirtschaftsverband Handwerk wehrte sich gegen Maßgaben der Landesregierung, die Vergabe von Reinigungsleistungen spürbar einzuschränken. Unter anderem sollen die Putzintervalle in den Ministerien verlängert werden und Verwaltungsmitarbeiter selber zum Staublappen greifen. Laut Handwerksverband werden Firmen aus der Gebäudereinigungsbranche damit Aufträge entzogen.

### **Beratungsmarathon im Landtag**

Vor den Abgeordneten liegt mit 60 Tagesordnungspunkten noch einmal ein Beratungs- und Abstimmungsmarathon. Zum Auftakt am Mittwoch um 10 Uhr stehen die abschließenden Lesungen von 20 Gesetzen auf dem Programm. Unter anderem geht es um die Neuregelung des Glücksspiels, die Festlegung von Karenzzeiten für ausscheidende Minister, das Bestattungswesen im Land, das Carsharing, die Gleichstellung und die Schulorganisation. Ein Gesetz zum Tourismus wird kurz vor Ultimo noch neu eingebracht und soll am Freitag beschlossen werden.

Zu Beginn der Sitzung will Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) eine weitere Regierungserklärung zur aktuellen Lage in der Corona-Pandemie geben. Am Dienstag hatte das Kabinett angesichts der anhaltend niedrigen Zahl von Neuinfektionen weitere Lockerungsschritte bei den Corona-Schutzvorschriften beschlossen.

Die Linke kündigte einen eigenen Antrag zu möglichen Öffnungsschritten an. Zudem will sie in der dreitägigen Sitzung unter anderem die Themen Bildung und Lohnentwicklung aufrufen, die AfD unter anderem zusätzliche Urlaubstage für Familien einfordern. Auf Antrag der SPD befasst sich das Parlament in der Aktuellen Stunde am Freitag mit der Schaffung gut bezahlter Jobs im Land. Die CDU ließ den Kampf gegen Antisemitismus auf die Tagesordnung setzen.

### **Demonstrationen vor dem Landtag**

Vor dem Schloss, dem Sitz des Landtags, hat das Handwerk am Mittwoch gegen den Verlust staatlicher Aufträge protestiert. Anlass sind Maßgaben der Landesregierung, die Vergabe von Reinigungsleistungen spürbar einzuschränken. Die Putzintervalle sollen verlängert werden, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung selbst öfter zum Besen greifen. Nach Angaben des Handwerkerverbandes werden damit Unternehmen der Gebäudereinigung Aufträge entzogen und Arbeitsplätze gefährdet.

An Landtagspräsidentin Birgit Hesse haben die Vertreter des Handwerks in MV symbolisch mehrere Werkzeuge und eine Petition überreicht, in der sie die jüngste Auftragsreduzierung für die Gebäudereinigung anprangern. Damit sei eine rote Linie überschritten, heißt es in dem Schreiben.

### **Früheren Corona-Helden Aufträge gestrichen**

„Zu Beginn der Corona-Krise wurden wir als Helden gefeiert, weil wir für Hygiene auf Fluren und in Büros sorgen. Dann strich man Aufträge und verpflichtete Beamte, selbst den Boden zu saugen“, sagte Wolfgang Molitor von der Gebäudereiniger-Innung. Nach seinen Angaben fallen jährlich 50.000 Arbeitsstunden weg. Das Beispiel schüre Sorgen auch in anderen Branchen.

Als Reaktion auf die coronabedingte Verringerung der Büropräsenz in der Verwaltung hatte die Landesregierung die Vergabe von Reinigungsleistungen eingeschränkt. Die Putzintervalle wurden verlängert, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung verpflichtet, ihre Büros dazwischen selbst zu reinigen. Laut Finanzministerium sind davon nur Büro-, nicht aber Versammlungsräume und Einrichtungen mit Publikumsverkehr betroffen. Zudem würden Türklinken und Handläufe nun täglich durch Fachkräfte gereinigt, hieß es.

Zu Protesten hatte auch ein Aktionsbündnis für eine wohnortnahe Geburtshilfe aufgerufen. Die Mitglieder von vier Initiativen fordern den Erhalt der Geburts- und Kinderkliniken in Mecklenburg-Vorpommern. Das Bündnis befürchtet in den nächsten zwei Jahren weitere Schließungen von Kinderstationen, Geburtshilfen und Gynäkologien in Mecklenburg-Vorpommern.